

TICKER Beilage zu **STICHWORT BAYER 2/19**

Kurzmeldungen zu einem multinationalen Chemiekonzern



+ + T I C K E R + + T I C K E R + +

AKTION & KRITIK

CBG bei Bilanz-Presskonferenz

Der Leverkusener Multi verkündete zur Bilanz-Presskonferenz, die am 27. Februar 2019 im Leverkusener Baykomm stattfand, nur Positives. „BAYER mit Umsatz- und Ergebnis-Plus – Agrargeschäft nach Akquisition führend“, überschrieb der Global Player seine Pressemeldung. Dementsprechend kürzte der Konzern die Dividende nicht, sondern beließ sie bei 2,80 Euro, obwohl er nach der – dem MONSANTO-Kauf geschuldeten – Kapitalerhöhung mehr Aktien in Umlauf gebracht hatte. Die Rekord-Summe von 2,6 Milliarden Euro schüttete das Unternehmen an seine Aktionär*innen aus, 8,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) war an dem Tag vor Ort und zog eine ganz andere Bilanz des zurückliegenden Geschäftsjahres. „BAYER befindet sich in einer ernsten Krise. Aber die Aktionär*innen sollen davon nichts spüren. Sie will der Konzern bei der Stange halten. Dafür friert er die Dividenden-Zahlung auf hohem Niveau ein, dafür erwägt er Aktien-Rückkäufe und dafür will er qua Vernichtung von 12.000 Arbeitsplätzen ‚Produktivität und Ertragskraft deutlich steigern‘“, hieß es in der Presseerklärung der CBG. Diese ganz andere Rechnung wollte BAYER-Chef Werner Baumann allerdings nicht zur Kenntnis nehmen. „Die Kritik der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, die vor dem Baykomm ihre Stellungnahme zur ‚Vernichtung von 12.000 Arbeitsplätzen‘ verteilte, in der sie BAYER ‚grenzenlose Gier nach Gewinn und Profit‘ attestierte, hatte sich Baumann nicht angetan. Er war durch einen Nebeneingang gekommen“, hielt der *Leverkusener Anzeiger* fest.

CBG bei Gentech-Diskussion

Seit einiger Zeit setzen die Agro- und Pillen-Riesen stark auf das Genome Editing, also auf CRISPR/Cas und andere Gen-Scheren, die das Erbgut angeblich genau an einer vorgegebenen Stelle auftrennen können, um es dann „umzuschreiben“ oder neue, im Labor hergestellte DNA-Stränge einzufügen. Zu einer Diskussion über diese neue Methode luden die Evangelische Kirche im Rheinland und die Evangelische Akademie Villigst „in Kooperation mit der BAYER AG“ am 14. März 2019 ein. Den Leverkusener Multi vertrat sein Nachhaltigkeitsbeauftragter Dr. Klaus Kunz, den Kritiker*innen-Part übernahm Christoph Then von der Initiative TESTBIOTECH. Aber obwohl die beiden kirchlichen Organisationen sich darauf eingelassen hatten, die „Genome Editing: Züchtung der Zukunft?“ betitelte Veranstaltung nicht an einem neutralen Ort, sondern in BAYERS Kommunikationszentrum „Baykomm“ abzuhalten, konnte der Konzern den Heimvorteil nicht nutzen. Ganz offensichtlich kein Gentech-Experte, nahm Kunz in seinem Eingangsreferat bei Allgemeinheiten Zuflucht und blieb Antworten auf das Gefährdungspotenzial von CRISPR/Cas & Co. schuldig. Er begann seine Ausführungen mit dem Verweis auf den Agrar-Wissenschaftler Norman Borlaug, der 1970 den Friedensnobelpreis erhielt, weil seine Entwicklung einer besonders widerstandsfähigen Weizen-Art die Menschen nach Meinung des Komitees vor Ernährungskrisen bewahrt hatte. Das diente dem Chemiker und Ökonomen dann als generelles Beispiel für die Notwendigkeit, immer wieder nach Innovationen auf dem Gebiet der Pflanzen-Züchtung zu streben. Ansonsten verstand der

BAYER-Mann die ganze Aufregung um das Genome Editing nicht. Er hob dabei immer nur auf ein Verfahren ab – die per Gen-Schere induzierte Mutagenese, bei der ebenso wenig wie bei der konventionellen Mutagenese ein direkter Eingriff in die DNA der Pflanzen erfolgt – und stellte dieses als naturidentisch dar. Deshalb fällt seiner Ansicht nach eine auf solchem Wege bewerkstelligte Veränderung auch nicht unter das Rubrum „Gentechnik“ und die entsprechenden Regulierungsvorschriften. In der Diskussion um die Sicherheitsaspekte vermeinte er dann, eine gewisse Hysterie in der Debatte auszumachen. Sein Einwurf, die vom Kaffeetrinken ausgehenden Gesundheitsgefahren seien den von CRISPR/Cas und Konsorten ausgehenden Risiken zumindest gleichzustellen, trug wegen dessen offenkundiger Absurdität aber auch nicht gerade zur Beruhigung der Gemüter bei. Ebenso wenig gelang es ihm, Vorbehalte gegenüber der Mutagenese 2.0 auszuräumen, indem er auf dutzende unfallfreie Jahre mit der konventionellen Mutagenese verwies. Ansonsten bliebe ja noch die Möglichkeit, durch Schaden klug zu werden, meinte Kunz. Als Beispiel führte er ausgerechnet den Contagan-Skandal an und dokumentierte damit zynisch seine Bereitschaft, Menschen auf dem Altar eines zweifelhaften Fortschritts zu opfern. Christoph Then hingegen zeigte sich in seinem Vortrag auf der Höhe des Gegenstands. Er trug seine Kritik sachlich und wissenschaftlich fundiert vor. So bereitete es ihm keine große Mühe, die Darstellung von Klaus Kunz, die Gen-Schnipseleien würden „punktgenaue Veränderungen“ in der Zelle herbeiführen, zu widerlegen. Diese knöpfen sich Then zufolge nämlich nicht nur die anvisierte Zelle, sondern auch alle ihre Kopien vor. Darüber hinaus provozieren die Eingriffe allzu oft Kompensationsreaktionen der Acker-Früchte, warnte er. All dies nähmen die Regulierungsbehörden aber nicht in den Blick, so Then. Generell beklagte er die geballte, nicht zuletzt durch Patente zementierte Markt-Macht von BAYER & Co. auf dem Gebiet der Gentechnik, die willige Wissenschaftler*innen und nachlässige EU-Behörden hinter sich wisse. Sinnbildlich sah Then dies im Straßenplan von Brüssel verkörpert, der die Gebäude der Europäischen Union umrahmt von der Rue de Commerce, der Rue de Science und der Rue de l'Industrie zeigt. Bei der anschließenden Diskussion dominierten ebenfalls die Gentech-Gegner*innen. BAYER-Forscher*innen meldeten sich nicht zu Wort, andere Befürworter*innen kaum. Und zerstreuen konnte Kunz die Bedenken aus dem Publikum nicht. Er schaffte es ebenso wenig, die auf neuere Studien zur Krebs-Gefahr durch CRISPR/Cas gestützten Einwände des Vertreters der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zu entkräften, wie anderen Argumenten etwas Fundiertes entgegenzusetzen. Und so endete der Abend wenig erfreulich für den größten Gentechnik-Konzern der Welt.

CBG bei „Wir haben es satt“

Immer mehr Menschen wollen eine Landwirtschaft ohne Pestizide, Genpflanzen und Tier-Antibiotika made by BAYER & Co., ohne Agrar-Fabriken, Massentierhaltung, vergiftetes Essen und Monokulturen. Deshalb erhöhte sich die Teilnehmer*innen-Zahl der „Wir haben es satt“-Demonstration, zu der die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) mit aufgerufen hatte, gegenüber dem Vorjahr noch einmal um 5.000 auf 35.000 Teilnehmer*innen. Auch mehr Trecker fuhren auf. 171 der Gefährte führten den Zug an, der sich am 19. Januar 2019 vom Brandenburger Tor aus in

Bewegung setzte. Und natürlich war die CBG ebenfalls vor Ort. „Glyphosat stoppen! Opfer entschädigen!“ – diese Forderungen trug die Coordination in die Bundeshauptstadt.

Arznei-Tests: CBG bei Fachgespräch

BAYER und andere Pharma-Firmen haben von den 1950er bis zu den 1970er Jahren hin Medikamenten-Versuche mit Heimkindern unternommen. Für den Leverkusener Multi erprobten beispielsweise Mediziner*innen der jugendpsychiatrischen Abteilung des Landeskrankenhauses Schleswig Arzneien. Das Neuroleptikum MEGAPHEN mit dem Wirkstoff Chlorpromazin etwa testeten die Ärzt*innen als Therapeutikum gegen zu „zappelige“ Schüler*innen. 23 „anstaltsgebundenen Sonderschul-Kindern“ verabreichten sie es. Das Neuroleptikum AOLEPT mussten sogar 141 Kinder und Jugendliche schlucken. Dabei zeigten sich gravierende Nebenwirkungen wie etwa Muskel-Verkrampfungen (siehe *SWB* 1/17). Am 14.12.2018 hatte die Partei „Die Linke“ ein Fachgespräch zu diesem Thema im Deutschen Bundestag initiiert, um dazu beizutragen, den Geschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen. Betroffene berichteten dort von ihrem Leid, Wissenschaftler*innen stellten die neuesten Forschungen zu diesem Komplex vor und Jurist*innen sprachen über die Möglichkeit von Schadensersatz-Klagen. Auch die CBG nahm an der Runde teil, knüpfte Kontakte zu den Betroffenen und erhielt viele Anregungen für ihre Kampagne zur Entschädigung der unfreiwilligen Proband*innen von damals.

Straßen-Umbenennung in Krefeld?

Am 29. September 2011 jährte sich der Geburtstag des langjährigen BAYER-Generaldirektors Carl Duisberg zum 150. Mal. Um die medialen Ständchen für den Mann zu konterkarieren, der im 1. Weltkrieg verantwortlich für den Einsatz von Giftgas und die Ausbeutung von Zwangsarbeiter*innen war und später einen maßgeblichen Anteil an der Gründung des Mörderkonzerns IG FARBEN hatte, rief die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) eine Kampagne ins Leben. Sie mahnte anlässlich des Jahrestags die Umbenennung von Straßen, Schulen und anderen Einrichtungen an, die Duisbergs Namen tragen. Viele Aktivist*innen ließen sich davon anregen und trugen die Forderung in die zuständigen Kommunal-Vertretungen. In Dortmund und Lüdenscheid hatte das Erfolg (siehe auch *SWB* 1/15). Viele andere Städte entschieden sich damals allerdings dagegen, darunter auch Krefeld. Dort aber liegt die Frage jetzt auf Wiedervorlage. Die Kommune beauftragte das Stadtarchiv nämlich damit, eine Liste mit solchen Personen zu erstellen, welche die Ehre eines Straßennamens nicht verdienen – und Carl Duisberg dürfte da eigentlich nicht fehlen.

Bienen-Attacke auf BAYER

Die Pariser BAYER-Zentrale musste sich am 14. März des Angriffs eines Bienenschwarms erwehren. Er legte vor dem Eingang des Gebäudes einen Honig-Teppich aus, versprühte gelbe Farbe und brachte an der Häuserfront Banner mit Aufschriften wie „BAYER und MONSANTO töten die Biodiversität“ an, um gegen die bienengefährlichen Pestizide des Leverkusener Multis zu protestieren. Zu den Initiatoren dieser symbolischen Aktion gehörte unter anderem ATTAC. Nach den Worten ihrer Sprecherin Annick Coupe wollten die Protestler*innen damit zeigen, „dass es mög-

lich ist, gegen multinationale Unternehmen vorzugehen, die dazu beitragen, unserem Planeten ungestraft zu schaden“.

BAYER trägt zum Bauernsterben bei

Ende Januar 2019 initiierte die Wochenzeitung *Die Zeit* ein Streit-Gespräch zwischen Olivier De Schutter, dem ehemaligen UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung, und Helmut Schramm, dem BAYER-Sprecher für „Agricultural Affairs“ (siehe auch WASSER, BODEN & LUFT). Die beiden diskutierten unter anderem über die Schädigungen des Bodens durch die industrielle Landwirtschaft und neue Gentech-Verfahren wie Crispr/Cas. In einem Punkt schlug sich Schramm auf die Seite de Schutters: Auch der Manager beklagte das Bauernsterben. Aber der Belgier ließ das nicht gelten: „Sie sind da keineswegs außen vor, Herr Schramm. Nach der Fusion mit MONSANTO ist BAYER der größte von nur noch vier Saatgut- und Agrochemie-Konzernen. Mit ihrem Einfluss tragen Sie eine Mitverantwortung. Die EU-Agrarförderung ist auch deshalb nicht auf Nachhaltigkeit umgestellt, weil die Konzerne das große Knappheitsnarrativ propagieren: ‚Wir sind in der Pflicht, die Welt zu ernähren.‘ Dieser Gedanke stammt aus den sechziger Jahren. Damals kam die Produktivität der Landwirtschaft dem Bevölkerungswachstum nicht hinterher. Heute sind nicht die Lebensmittel knapp, sondern natürliche Ressourcen wie Wasser und Böden.“

INKOTA will mehr Fusionskontrolle

In ihrem Engagement gegen die Markt-Konzentration auf dem Agrarsektor, die BAYERs MONSANTO-Übernahme noch einmal forcierte, weiß die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN sich mit vielen anderen Organisationen im Bunde. So hat das INKOTA-Netzwerk am 28.01.2019 dem „Bundesministerium für Wirtschaft und Energie“ 6.000 Unterschriften für eine strengere Fusionskontrolle übergeben. „Wir wollen nicht, dass ohnehin riesige Konzerne wie BAYER und MONSANTO quasi ungehindert immer weiter wachsen und durch ihre enorme Marktmacht die Ernährungssouveränität von Erzeuger*innen und Verbraucher*innen weltweit gefährden!“, hieß es in der Presseerklärung. Konkret setzt sich die Initiative für eine Überarbeitung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ein, um BAYER & Co. Einhalt zu gebieten.

KAPITAL & ARBEIT

Gegenantrag mal nicht von der CBG

Das Beispiel der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) macht Schule: Gegenanträge zur Nicht-Entlastung des Vorstands und zu anderen Tagesordnungspunkten muss BAYER nun auch von anderer Seite entgegennehmen. Christian Stenger, Gründungsmitglied der Regierungskommission für gute Unternehmensführung (Deutscher Corporate Governance Kodex) und ehemaliger Investment-Banker der DEUTSCHEN BANK griff allerdings zu diesem Mittel nicht, um das Profit-System zu attackieren. Im Gegenteil, er wirft dem Leverkusener Multi vor, nicht genug Gewinn gemacht zu haben und geht deshalb auf Konfrontationskurs. „Nachdem der MONSANTO-Deal zum größten Wert-

vernichter der DAX-Geschichte wurde, ist es schon kühn, dass der Vorstand seine eigene Entlastung für das Desaster-Jahr 2018 empfiehlt“, heißt es in seinem Gegenantrag. Konkret wirft Strenger der Chef-Etage vor, die sich aus den Glyphosat-Klagen ergebenden Risiken für Schadensersatz-Zahlungen ignoriert zu haben. Auch hätte die Manager*innen-Riege seiner Meinung nach von dem Kauf zurücktreten müssen, als die EU dem Konzern zur Verhinderung einer marktbeherrschenden Position vorschrieb, sich von größeren Teilen seines Agro-Sortiments zu trennen. Schon auf der letzten Hauptversammlung sah sich BAYER mit massiver Kritik auch aus den Reihen institutioneller Anleger*innen und Banken-Vertreter*innen konfrontiert. Und der Vorstoß Strengers, dem die Wirtschaftspresse einige Aufmerksamkeit schenkte, deutet darauf hin, dass dem Leverkusener Multi heuer aus dieser Ecke noch einmal mehr Unbill droht als anno 2018.

IG FARBEN & HEUTE

Klage wg. Menschenversuchen

Der Pole Jerzy Kowalewski beteiligte sich im Zweiten Weltkrieg am Widerstand gegen die deutsche Besatzung. Die Gestapo verhaftete und folterte ihn, um in den Besitz von Informationen zu gelangen. Dann verschleppte sie Kowalewski nach Auschwitz. Dort landete er als Zwangsarbeiter in Buna-Monowitz, dem Konzentrationslager des von BAYER mitgegründeten Mörder-Konzerns IG FARBEN. Zudem musste er als menschliches Versuchskaninchen an medizinischen Versuchen teilnehmen. Unter anderem infizierten ihn Hitlers willige Mediziner*innen mit dem Typhus-Erreger. Diese Experimente blieben nicht ohne Folgen. Kowalewskis Sohn Adam kam 1973 mit Kinderlähmung zur Welt. Darum verklagte dieser die Bundesrepublik Deutschland im September 2018 vor einem polnischen Gericht auf Schadensersatz. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hatte bereits in ihrer Kritik der im Jahr 2000 beschlossenen Zwangsarbeiter*innen-Entschädigung gefordert, die Nachkommen der KZ-Insass*innen in die Zahlungen mit einzubeziehen.

POLITIK & EINFLUSS

BAYER begrüßt Industrie-Strategie

Seit einiger Zeit stockt der Globalisierungsprozess, stattdessen kommt es zu einer Renationalisierung der Wirtschaftspolitik. Trumps „America First!“ und der Brexit stehen beispielhaft für diese Entwicklung. Den Interessen Deutschlands mit seinen auf den Export setzenden Multis wie BAYER, SIEMENS, VW & Co. entspricht das nicht. Also versuchte die Bundesregierung einige Zeit gegenzuhalten und für den Multilateralismus zu streiten. Im Februar 2019 aber stellte sie selber ihre „Nationale Industrie-Strategie 2030“ vor. In dem Dokument aus dem Hause von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) heißt es unter anderem: „In manchen Fällen stellen wir fest, dass die Summe der betriebswirtschaftlichen Einzel-Entscheidungen der Unternehmen eines Landes nicht ausreicht, um globale Kräfte- und Wohl-

standsverschiebungen auszugleichen oder zu verhindern.“ Und in solchen Momenten schlägt für das Bundeswirtschaftsministerium die Stunde der „nationalen Industriepolitik“. Altmaier sieht ihre Aufgabe beispielsweise darin, Schlüssel-Industrien wie die Chemie vor feindlichen Übernahmen aus dem Ausland und anderem Unbill zu schützen. Zudem will er nationale und europäische Champions aufbauen („size matters“) und die Fusionskontrollen entsprechend einschränken. Auch gilt es nach Ansicht des Wirtschaftsministers, die Konzerne für umweltpolitische Eingriffe zu entschädigen und ihnen zum Ausgleich günstigere Rahmenbedingungen zu verschaffen. Eine Senkung der Unternehmenssteuern und der Energie-Preise nennt das Papier da schon als mögliche Ansatzpunkte. BAYER-Chef Werner Baumann begrüßte den Vorstoß in einem Interview mit *Die Welt*. „Das Thema einer deutschen, oder besser: europäischen Industrie-Strategie ist wichtig und richtig.“ Konkret gefiel ihm das Vorhaben, bestimmten Sektoren eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. „Diese Technologien sollte sich Europa in einem offenen Freihandelsumfeld zu Eigen machen und Führungspositionen entwickeln. Das sei „von essenzieller Bedeutung für den langfristigen Wohlstand“. Wort-Prägungen wie „offenes Freihandelsumfeld“ kam dabei in seinen Ausführungen eine reine Alibi-Funktion zu, um dem Vorwurf vorzubeugen, er trete für Protektionismus ein, aber im Prinzip geht es bei der Nationalen Industrie-Strategie genau darum. Zustimmung zu dieser kam auch vom „Verband der Chemischen Industrie“: „Es ist Zeit, zur Unterstützung unserer Wirtschaft im Wettbewerb mit China, den USA und anderen Regionen der Welt eine neue industrie-politische Ära einzuläuten. Andere Staaten setzen massiv Mittel zur Förderung neuer Technologien ein – darauf müssen wir Antworten finden.“

Entwicklungshilfe für BAYER

Ende Januar 2019 weihte der BAYER-Konzern in Nigerias Hauptstadt Lagos ein neues Hauptquartier ein (siehe IMPERIUM & WELTMARKT). Zu diesem Anlass gaben die Manager*innen Oliver Gierlichs und Dr. Mohammed Jimoh der englischen Zeitung *The Guardian* ein Interview, in dem die beiden auch über die Geschäfte des Leverkusener Multis in diesem Land sprachen. Dabei profitiert der Konzern in großem Ausmaß von „Entwicklungshilfe“ aus Berlin, wie bei dem Gespräch herauskam. Auf die Frage, wie stark die deutsche Bundesregierung das Wirken des Agro-Riesen in Nigeria fördert, antworteten Gierlichs und Jimoh vielsagend: „Deutschland und seine Institutionen waren immer ein Partner für uns. Wir bekamen sehr viel Unterstützung, als BAYER hier im Jahr 2014 eine Niederlassung gründete. Seither stehen wir in engem Kontakt, und die Regierung unterstützt uns beim Ausbau unserer Aktivitäten. Es gibt eine breite Palette von Programmen, die BAYER nutzen kann, und wir tun das, wenn wir uns davon im Rahmen unserer Strategie einen Nutzen versprechen.“

ALEC schreibt Asbest-Gesetz

Das „American Legislative Exchange Council“ (ALEC) ist eine von den Global Playern gesponserte Jurist*innen-Vereinigung, die als Bindeglied zwischen der Wirtschaft und der republikanischen Partei fungiert. Der Leverkusener Multi gehört der Organisation seit 1992 an und ist in wichtigen Gremien vertreten (*Ticker 2/12*). Er verfolgt damit laut eigener Aussage das Ziel, „unsere Unterneh-

menspositionen in den politischen Meinungsbildungsprozess einzubringen“. Unter anderem schmiedet ALEC Gesetzes-Vorlagen. Eine von diesen will Schadensersatz-Prozesse in Sachen „Asbest“, mit denen sich auch BAYER konfrontiert sieht, erschweren. So trachten die willigen Winkeladvokat*innen danach, eine Klagefrist einzuführen und nur noch denjenigen Geschädigten die Möglichkeit einräumen, zu ihrem Recht zu kommen, die spätestens zehn Jahre nach Ausbruch der Symptome vor Gericht ziehen. Da die Mediziner*innen Asbestose und andere durch das Mineral ausgelöste Gesundheitsstörungen oftmals zweifelsfrei erst nach einem viel längeren Zeitraum diagnostizieren können, würde auf diese Weise vielen Kranken der Weg zu Entschädigungszahlungen von vorneherein verschlossen bleiben.

Zweckgesellschaft für Iran-Geschäfte

Der BAYER-Konzern versprach sich einiges von der Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran, die im Jahr 2016 nach dem Abschluss des Atom-Abkommens erfolgte. „Wir sind davon überzeugt, dass unsere Produkte, insbesondere unsere Gesundheits- und Agrar-Produkte, auch im Iran benötigt werden und sehen bei der Aufhebung der Einschränkungen durchaus weiteres Geschäftspotenzial“, erklärte das Unternehmen damals. Die Politik des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump gefährdet dieses Geschäftspotenzial jedoch. Dieser kündigte nämlich das Atom-Abkommen auf und setzte die Sanktionen gegen das Land wieder in Kraft. Damit kappte die US-Regierung auch den Zugang des Staates zum Dollar. Und da dieser die globale Leitwährung für alle größeren Transaktionen ist, haben die Maßnahmen Auswirkungen auf die ökonomischen Beziehungen aller Nationen mit der islamischen Republik. Darum sprang Brüssel den Konzernen Europas zur Seite. Die EU gründete die Zweckgesellschaft INSTEX, die als eine Art Tauschbörse den geldlosen Zahlungsverkehr mit dem Staat im Nahen Osten ermöglicht. Zunächst soll davon zur Freude des Leverkusener Multis der Handel mit Arzneimitteln, Medizin-Produkten, Lebensmitteln und Agrar-Gütern profitieren. Der „Bundesverband der deutschen Industrie“ (BDI) zeigte sich ebenfalls zufrieden. „Der BDI begrüßt die Einrichtung von INSTEX. Die politische Rückendeckung Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens für das nicht-sanktionierte Iran-Geschäft europäischer Unternehmen ist Ausdruck der Verlässlichkeit der europäischen Partner im internationalen Handel“, hieß es in der Presseerklärung. Richard Grenell, der Botschafter der USA in Deutschland, war hingegen „not amused“. „[A]merikanische Sanktionen zu umgehen, ist nicht ratsam“, wettete er und warf der Europäischen Union eine „Missachtung“ der US-Politik vor. Richtig Schwung dürfte in die Wirtschaftsbeziehungen von BAYER & Co. mit ihren iranischen Pendanten aber dennoch nicht kommen, denn die USA drohen mit einem Boykott solcher Gesellschaften, die im Iran ökonomische Aktivitäten entfalten.

PROPAGANDA & MEDIEN

Chemie„park“-Akzeptanz sinkt

Der Chemie„park“-Betreiber CURRENTA, an dem der Leverkusener Multi 60 Prozent der Anteile hält, veröffentlicht alle vier

Jahre einen Akzeptanz-Bericht. Die Umfrage-Ergebnisse des neuen Reports fallen recht dürrig aus. Einen transparenten Umgang mit der Öffentlichkeit wollen der CURRENTA wie schon bei der letzten Daten-Erhebung nur 59 Prozent der Anwohner*innen bescheinigen. Und eine pflegliche Behandlung der Umwelt mochten der BAYER-Tochter lediglich 62 Prozent der Befragten attestieren – 2015 waren es immerhin noch 74 Prozent gewesen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung störte sich an den Defiziten nicht groß. Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) zierte den Akzeptanz-Bericht mit einem Vorwort und wäre auch zu dessen Präsentation nach Dormagen gekommen, wenn ihn nicht eine Krankheit ereilt hätte. So musste sein Staatssekretär Christoph Dammermann das schwarz-gelbe Kompliment verkünden: „NRW kann stolz sein auf seine Industrie, die den Wohlstand sichert und Innovationspotenziale, auch für Umwelt und Klimaschutz, bietet.“

DRUGS & PILLS

Mehr Blutungen unter XARELTO

Die Medizinerin Dr. Helga Gardarsdottir von der Universität Utrecht verglich im Auftrag der Europäischen Arzneimittel-Agentur EMA neue Gerinnungshemmer wie PRADAXA, ELIQUIS und BAYERs XARELTO mit alten wie MARCUMAR hinsichtlich des von den Präparaten ausgehenden Blutungsrisikos. Die Arznei des Leverkusener Multis mit dem Wirkstoff Rivaroxaban schnitt bei der Analyse der Zahlen aus acht großen Datenbanken nicht besonders gut ab. So lag die Gefahr, unter XARELTO Blutungen zu erleiden, um 30-50 Prozent höher als unter MARCUMAR, bei PRADAXA waren es 48-67 Prozent und bei ELIQUIS 0-20 Prozent. Unmittelbar nachdem *DAZ.online* über die Studie berichtet hatte, reagierte der Pharma-Riese. „Es ist nicht möglich, unterschiedliche Arzneimittel allein anhand ihrer Sicherheitsdaten, ohne Betrachtung ihrer Wirksamkeit, Dosierung und Adhärenz/Persistenz (*Fachbegriffe für die Therapie-Treue der Patient*innen, Anm. Ticker*) zu vergleichen“, schrieb der Konzern der Redaktion – als könnten diese Kriterien gegeneinander aufgewogen werden. Dazu brachte er mal wieder die aus seinen Hauptversammlungen sattsam bekannten Textbausteine in Anschlag: „BAYER ist von der Sicherheit und dem positiven Nutzen/Risiko-Profil von XARELTO überzeugt.“

ELEVIT macht Millionen

Die Zielgruppe „Kranke“ ist den Strateg*innen von BAYERs Pharma-Sparte zu klein. Deshalb bietet der Konzern immer mehr Produkte für eigentlich völlig Gesunde an wie zum Beispiel Vitamin-Präparate und Nahrungsergänzungsmittel. Mediziner*innen sprechen diesen Erzeugnissen jeglichen Nutzen ab und halten manche sogar für schädlich. Deshalb versucht das Unternehmen, den Ruf der Präparate durch Junk-Science zu verbessern. Es veröffentlicht „Studien“ in Magazinen, die sich nur einen wissenschaftlichen Anstrich geben, die Texte aber ohne fachliche Begutachtung durchwinken und sich das fürstlich honorieren lassen (siehe *SWB* 1/18). Für den Global Player lohnt sich diese Investition, denn er nutzt diese Artikel zu Werbe-Zwecken. So pries der Leverkusener Multi ELEVIT, ein Nahrungsergänzungsmittel

mittel für Schwangere, mit diesen Worten an: „Ein aktuelles wissenschaftliches Review stellt (...) die bisher allgemein vorherrschende Überzeugung in Frage, dass es für Frauen in westlichen Industrie-Staaten wie Deutschland kein Problem sei, die empfohlene Menge an Mikro-Nährstoffen ausschließlich mit der Nahrung aufzunehmen.“ Eine dramatische Unterversorgung bei Folsäure, Eisen und Vitamin D hätten die „ExpertInnen“ stattdessen eruiert, weshalb diese zu dem Schluss kämen, „dass die Einnahme von Multi-Mikronährstoff-Supplementen mindestens einen Monat vor der Konzeption (*Befruchtung der Eizelle, Anm. Ticker*) begonnen und während der Schwangerschaft fortgeführt werden sollte, um gute Voraussetzungen zu schaffen.“ Unter anderem dank solcher PR-Strategien macht der Global Player mit ELEVIT von Jahr zu Jahr mehr Millionen. Im Geschäftsjahr 2018 stieg der Umsatz mit dem „Pränatal-Vitamin“ um 10,6 Prozent auf 209 Millionen Euro.

Zulassung für VITRAKVI in den USA

Die US-amerikanische Gesundheitsbehörde FDA erteilt immer mehr Medikamenten, die nur vage Wirksamkeitsnachweise bei einem dazu noch kleinen Proband*innen-Kreis erbracht haben, die Genehmigung. Konkretere Daten zur Sicherheit und Wirkungskraft können die Konzerne dann irgendwann später nachliefern. Der „Orphan Drug“-Status, den die „Food and Drugs Administration“ Arzneien zur Therapie seltener Krankheiten verleiht, ermöglicht einen solchen Schnelldurchlauf. Auf diese Weise kam auch das Krebsmittel VITRAKVI (Wirkstoff: Larotrectinib), dessen Vertriebsrechte BAYER im Jahr 2018 von LOXO erworben hatte, zu seiner Zulassung, obwohl nur 122 Personen an der klinischen Prüfung teilnahmen. Die Patient*innen litten an einer äußerst selten vorkommenden Art von Krebs, die durch ein Zusammenwachsen bestimmter Gene entsteht. Bei 81 Prozent der Studienteilnehmer*innen sprach der Tumor auf VITRAKVI an, was jedoch nicht gleichbedeutend mit einer Rückbildung oder gar Heilung ist. Trotzdem hat die Arznei-Therapie einen stolzen Preis: 32.800 Dollar pro Monat. Da hilft auch die vage „Geld zurück“-Garantie nicht viel, die BAYER und LOXO in Aussicht gestellt haben, wenn sich nach drei Monaten VITRAKVI-Therapie kein Behandlungserfolg einstellt.

Arznei-Preise: Kotau vor Trump

Auch in den USA stehen die hohen Arznei-Preise in der Kritik. Der US-Präsident Donald Trump machte die Angelegenheit 2018 zur Chef-Sache und forderte die Unternehmen höchstpersönlich zur Mäßigung auf. Die Pillen-Riesen versuchten zwar mit Rekord-Aufwendungen für Lobby-Aktivitäten – 27,5 Millionen Dollar investierte der Pharma-Verband PhRMA – um Verständnis für ihre Geschäftspolitik zu werben, leisteten aber erst einmal Folge. So versprach der Leverkusener Multi dem Gesundheitsminister Alex Azar in die Hand, zumindest bis zum neuen Jahr nicht mehr Geld für Medikamente zu verlangen. Schon im Januar 2019 allerdings begannen BAYER, NOVARTIS, AMGEN, GLAXOSMITHKLINE & Co. wieder an der Preisschraube zu drehen. Darum kündigte Azar weitere Maßnahmen an. Unter anderem will er die Konzerne zwingen, ihre Präparate Medicare und Medicaid, den staatlichen Gesundheitsprogrammen zur Versorgung sozial Schwacher mit Medikamenten, billiger als bisher zu verkaufen.

GLYPHOSAT & CO.

Neue Studie bestätigt Krebs-Verdacht

Eine neue Untersuchung belegt einmal mehr die krebserregende Wirkung des BAYER-Pestizids Glyphosat. Die Autor*innen um Luping Zhang sprechen von einem „zwingenden Zusammenhang“ zwischen der Substanz und der Entstehung des Non-Hodgkin-Lymphoms (NHL) – eine die Lymphdrüsen befallende Krebs-Art. Menschen, die dem Stoff ausgesetzt sind, haben gegenüber denjenigen, die nicht mit ihm in Kontakt kamen, ein um 41 Prozent erhöhtes NHL-Risiko, so die Wissenschaftler*innen. Für ihre Meta-Studie haben die Forscher*innen Daten früherer Untersuchungen ausgewertet und sogar in solchen, die der Leverkusener Multi bisher immer zur Entlastung zitiert hatte, fanden sie Belege für den kanzerogenen Effekt des Herbizids. Zhang und sein Team konzentrierten sich nämlich hauptsächlich auf das Zahlen-Material von Personen mit starker Glyphosat-Exposition. „Von der Perspektive der öffentlichen Gesundheit aus betrachtet, gibt es Grund zur Besorgnis“, fasst die Co-Autorin Lianne Sheppard die Ergebnisse der Expertise zusammen. Da die meisten der rund 11.200 Klagen in Sachen „Glyphosat“ von NHL-Kranken stammen, löste die Berichterstattung über die im Fachblatt *Mutation Research/Reviews in Mutation Research* veröffentlichte Abhandlung sofort einen Kurs-Sturz der BAYER-Aktie aus. Deshalb reagierte der Konzern prompt. „Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen“, hieß es aus Leverkusen. „Schwerwiegende methodische Mängel“ attestierte der Agro-Riese der Arbeit. „Sie steht im Widerspruch zu dem umfangreichen Bestand an wissenschaftlichen Studien, 40 Jahre Praxis-Erfahrung und den Schlussfolgerungen der Regulierungsbehörden“, so der Agro-Riese.

CDU & SPD gegen Glyphosat-Ausstieg

„Wir werden mit einer systematischen Minderungsstrategie den Einsatz von glyphosat-haltigen Pflanzenschutzmitteln deutlich einschränken mit dem Ziel, die Anwendung so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden“, heißt es im Koalitionsvertrag von CDU und SPD. Aber Papier ist geduldig. Konkrete Maßnahmen hat die Große Koalition noch immer nicht beschlossen. Deshalb machte die Opposition Druck. „Die Linke“ brachte einen Verbotsantrag in den Bundestag ein und Bündnis 90/Die Grünen forderte einen Bann für den privaten Gebrauch, größtmögliche Anwendungsbeschränkungen für den landwirtschaftlichen Bereich sowie einen Ausstiegsplan. Aber Christ- und Sozialdemokrat*innen verweigerten beiden Vorlagen die Zustimmung.

Glyphosat-Neuzulassung

Eigentlich haben CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, die Glyphosat-Anwendungen „so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden“. Aber das Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) unterstehende „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ (BVL) verlängerte unlängst nicht nur die Gnadenfrist für bereits auf dem Markt befindliche Formulierungen des von der Weltgesundheitsorganisation WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuften Pestizids, sondern es genehmigte sogar ein neues Mittel. So hat das BVL am 28. Februar 2019 im Schwung mit 16 weiteren Wirkstoffen neben dem bienen-gefährlichen Cyantraniliprole auch BAYERS Glypho-

sat-Produkt „Mon 76473-SL“ schnell noch einmal bis zum Ende des Jahres zugelassen, bevor die vom Umweltbundesamt unter Verantwortung von Bundesumweltministerin Svenja Schulze erlassenen Anwendungsbestimmungen zum Schutz der Biodiversität greifen. Entsprechend verstimmt reagierte die Behörde. Als „einen Verstoß gegen die Regeln des Zulassungsverfahrens gemäß Pflanzenschutzgesetz in Deutschland“ bewertete eine Sprecherin das Vorgehen Klöckners.

Frankreich verbietet ROUND UP PRO 360

In Frankreich hatte die Initiative CRIIGEN eine Klage gegen die Zulassung des Glyphosat-Produktes ROUNDUP PRO 360 eingereicht. Die Organisation warf der zuständigen Behörde ANSES vor, beim Genehmigungsverfahren die Gefahren der Hilfsstoffe, „die etwa 1.000 Mal giftiger sind als Glyphosat selbst“, ignoriert zu haben und forderte deshalb ein Verbot. Ende Januar 2019 gab ein Gericht in Lyon CRIIGEN Recht. Die Richter*innen sahen in der ANSES-Entscheidung einen Verstoß gegen das Vorsorge-Prinzip, wonach ein Stoff nur dann zugelassen werden sollte, „wenn kein ernsthafter Zweifel an seiner Sicherheit besteht“, und zogen das „Pro 360“ aus dem Verkehr. Der Leverkusener Multi zeigte sich „überrascht“ von dem Votum. Einmal mehr bekräftigte er, dass alle auf Glyphosat basierenden Pestizide bei ordnungsgemäßer Anwendung sicher seien. Darum kündigte der Konzern auch an, die rechtlichen Möglichkeiten, gegen das Urteil vorzugehen, prüfen zu wollen.

Macron rudert zurück

Im Jahr 2017 hatte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron angekündigt, das BAYER-Pestizid Glyphosat binnen dreier Jahre aus dem Verkehr ziehen zu wollen. 2018 scheiterte sein Verbandsantrag in der Nationalversammlung allerdings. Und Ende Januar 2019 schließlich verabschiedete sich der Politiker von seinem Ziel. Der Verzicht werde nicht „zu 100 Prozent“ gelingen, tat er kund: „Das würde unsere Landwirtschaft töten.“ Umweltschützer*innen kritisierten diesen Wortbruch massiv und widersprachen der Begründung Macrons. Die GÉNÉRATIONS FUTURES etwa verwiesen dabei auf Forschungen des staatlichen agrarwissenschaftlichen Instituts INRA, wonach es bereits für 90 Prozent der Anwendungen Alternativen zu dem umstrittenen Herbizid gäbe.

Spiel auf Zeit bei Glyphosat

Ende 2017 verlängerte die EU die Glyphosat-Zulassung um fünf Jahre. Den Ausschlag gab dabei die Stimme des damaligen deutschen Landwirtschaftsministers Christian Schmidt (CSU). Allerdings könnten die Mitgliedsländer Produkte mit diesem Wirkstoff trotzdem früher aus dem Verkehr ziehen. Die Genehmigung der einzelnen Glyphosat-Formulierungen liegt nämlich in ihrer Hand. Aber die Bundesregierung nutzt diese Möglichkeit nicht. Sie ließ die von Brüssel gesetzte Frist für die Verlängerung dieser Zulassungen, die auf den 15. Dezember 2018 terminiert war, einfach verstreichen. Die zur Bewertung der Produkte nötigen Gutachten würden noch nicht alle vorliegen, hieß es beim „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ zur Begründung. Darum nun dürfen die Landwirt*innen 25 glyphosat-haltige Mittel ein weiteres Jahr nutzen. „Das bringt das Total-Versagen der

deutschen Glyphosat-Politik auf den Punkt“, kritisierte der Bundestagsabgeordnete Harald Ebner von „Bündnis 90/Die Grünen“. Dabei hatten sich CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag zu einem Glyphosat-Ausstieg verpflichtet. „Wir werden mit einer systematischen Minderungsstrategie den Einsatz von glyphosat-haltigen Pflanzenschutzmitteln deutlich einschränken mit dem Ziel, die Anwendung so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden“, heißt es in der Vereinbarung.

Glyphosat schädigt Nervenzellen

Das BAYER-Herbizid Glyphosat kann Nervenzellen schädigen. Das fanden Dr. Mark Stettner und sein Team vom Universitätsklinikum Essen in einer Studie heraus, welche in der Fachzeitschrift *Acta Neuropathologica* erschien. Das Glyphosat selber hat diese Wirkung nicht entfaltet. „Die Gesamt-Substanz habe aber außergewöhnlich große Schäden angerichtet“, so der Wissenschaftler. Dem Neurologen zufolge greifen die dem Endprodukt beigegebenen Hilfsstoffe die Myelin-Hülle an. „Wurde das glyphosat-haltige Pflanzenschutzmittel auf die Zellen gegeben, bildete sich diese Schutzschicht zurück. Kamen die Nervenzellen mit den Mitteln in Berührung, noch bevor sich diese Schutzschicht gebildet hatte, blieb die Entwicklung der Schutzschicht aus“, erläutert Stettner. Da die Experimente nur in einem kleinen Rahmen stattfanden, hält der Wissenschaftler es für verfrüht, die Ergebnisse auf den Menschen zu übertragen. Dennoch verlängert seine Untersuchung die lange Liste der alarmierenden Glyphosat-Befunde noch einmal. So stuft die Weltgesundheitsorganisation WHO das Pestizid als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Besonders häufig löst Glyphosat Lymphdrüsen-Krebs aus. Aber auch Nierenschäden kann das Ackergift verursachen. Zunächst als Chemikalie zur Wasser-Enthärtung zugelassen, zieht es nämlich Kalzium, Magnesium und andere Metalle an sich, welche die Funktion dieses Organs stören. Zudem machen zahlreiche Mediziner*innen das Total-Herbizid für Schwangerschaftskomplikationen verantwortlich, die zu Fehlgeburten führen oder Kinder mit massiven gesundheitlichen Problemen wie etwa Speiseröhren-Anomalien auf die Welt kommen lassen. Der Grund: Glyphosat wirkt nämlich auf die Retinsäure ein, die bei der Embryonal-Entwicklung eine bedeutende Rolle spielt.

Glyphosat-Studie: Alles nur geklaut

Das „Bundesinstitut für Risiko-Bewertung“ (BfR) hat die Risiken von Glyphosat nicht selbst bewertet, es ließ sie bewerten. Wesentliche Teile des Prüfberichts zu dem umstrittenen Herbizid übernahm das BfR einfach im „Copy & Paste“-Verfahren aus den Antragsunterlagen MONSANTOs, wie im Herbst 2017 ans Licht der Öffentlichkeit kam. Das ganze Ausmaß des Skandals untersuchten jetzt der Plagiatsforscher Stefan Weber und der Biochemiker Helmut Burtscher-Schaden. Ihrer Untersuchung zufolge übernahm das Bundesinstitut 73 Prozent seiner „Expertise“ aus den Dokumenten des jetzt zu BAYER gehörenden Unternehmens. Zur Selbstkritik sieht die Einrichtung aber dennoch keinen Anlass. „In Europa war es in Bewertungsverfahren bei Pflanzenschutzmitteln üblich und anerkannt, dass Bewertungsbehörden nach kritischer Prüfung auch relevante Passagen aus eingereichten Dokumenten der Antragsteller in ihre Bewertungsberichte integrieren, soweit diese fachlich zutreffen. Für die Gesamtbewer-

tung der wissenschaftlichen Arbeit der Behörden sind quantitative Prozent-Angaben des Anteils der behördlichen Arbeit nicht relevant. Entscheidend ist die qualitative kritische Prüfung des Industrie-Dossiers und der wissenschaftlichen Literatur durch die Behörde“, heißt es in der Presseerklärung.

Glyphosat in Windeln

Die französische Agentur für Lebensmittel- und Umweltsicherheit (ANSES) hat Spuren des BAYER-Pestizids Glyphosat sowie 60 (!) andere Giftstoffe in Windeln nachgewiesen. Einschneidende Maßnahmen ordnete die Regierung daraufhin jedoch nicht an. Sie beließ es dabei, die Hersteller aufzufordern, einen Aktionsplan zur Minimierung der Risiken zu erstellen.

Glyphosat in Orangensaft

Die US-amerikanische Initiative MOMS ACROSS AMERICA ließ Orangensäfte der verbreitetsten Marken wie etwa TROPICANA, STARTER BROS oder KIRKLAND auf Glyphosat-Rückstände untersuchen. Das Ergebnis fiel alarmierend aus. In allen sechs Proben fanden sich Spuren des BAYER-Pestizids. Diese reichten von 4,33 ppb bis hin zu 26,05 ppb (part per billion; 1 ppb = 10⁻⁹ und entspricht einem milliardsten Teil). Wenn nur etwas davon im Körper verbleibt, kann das schon zu massiven Gesundheitsstörungen führen. Dem Wissenschaftler Siriporn Thongprakaisang und seinem Team zufolge fördert Glyphosat bereits ab einer Konzentration von 10⁻¹² – also eins zu einer Billion – das Wachstum von Brustkrebs-Zellen. In der Studie „Glyphosate induces human breast cancer cells growth via estrogen receptors“, erschienen in der Zeitschrift *Food and Chemical Toxicology*, dokumentieren die Forscher*innen diesen Befund.

Korrekturen zu Glyphosat-Studie

Im Jahr 2015 hatte die Weltgesundheitsorganisation WHO die Risiken und Nebenwirkungen von Glyphosat geprüft. „Wahrscheinlich krebserregend“ lautete der Befund. Der jetzt zu BAYER gehörende Hersteller MONSANTO leitete sofort Gegenmaßnahmen ein. Dazu gehörte auch, ein Bündel von Studien in Auftrag zu geben. Sie erschienen 2016 unter dem Titel „An Independent Review of the Carcinogenic Potential of Glyphosate“ im Fachjournal *Critical Reviews in Toxicology*. Wie sehr das US-Unternehmen dabei die Feder führte, blieb den Leser*innen allerdings verborgen. Daher sah sich die Zeitschrift im September 2018 zu einem Canossa-Gang gezwungen. In einer „expression of concern“ räumte das Magazin ein, dass bei der Veröffentlichung der Artikel wichtige Angaben zu den Interessenskonflikten der Autor*innen fehlten. Diese Informationen trug die Redaktion nun nach. So gehörte ein MONSANTO-Beschäftigter mit zu den Verfasser*innen. Damit nicht genug, machte er den Wissenschaftler*innen auch noch Vorschriften und zwang sie etwa dazu, mit harschen Worten gegen die WHO zu polemisieren. Überdies standen zwei der Forscher*innen als Berater in Diensten von MONSANTO.

Ungeprüft und zugelassen

Wenn die Zulassung eines Pestizids ausläuft, müssten die Behörden eigentlich auf der Grundlage des gegenwärtigen Stands der Wissenschaft über eine erneute Genehmigung entscheiden. In der Bundesrepublik geschieht das jedoch oftmals nicht. Die

Behörden schaffen es nicht, alle Anträge fristgerecht abzuarbeiten. Deshalb berufen sie sich auf eine Ausnahme-Regelung und stellen einfach sogenannte technische Verlängerungen aus, ohne die Ackergifte einer eingehenden Begutachtung zu unterziehen. Fast ein Viertel aller Prüfverfahren endet auf eine solche Weise. Deshalb bekamen neben Glyphosat (s. o.) einstweilen 99 weitere Substanzen einen Freifahrtschein. Neun davon stuft der Toxikologe Hermann Kruse als hochproblematisch ein. Und unter diesen Neun befinden sich vier Wirkstoffe, die auch in BAYER-Produkten enthalten sind: Thiaclopid (CALYPSO, BISCAYA), Methiocarb (MESUROL), Metribuzin (LIBERATOR PRO) und Beta-Cyfluthrin (MODESTO, ELADO).

Notfall-Zulassungen für Neonicotinoide

Pestizid-Wirkstoffe aus der Gruppe der Neonicotinoide wie BAYERs GAUCHO (Wirkstoff: Imidacloprid) und PONCHO (Clothianidin) schädigen Bienen. Deshalb hat die Europäische Union diese beiden Stoffe sowie die SYNGENTA-Substanz Thiamethoxam Ende April 2018 aus dem Verkehr gezogen (*Ticker* 3/18). Näheres regelt allerdings die Pflanzenschutz-Verordnung. Und diese hält allerlei Ausnahme-Regelungen parat. Der Artikel 53 beispielsweise erlaubt den EU-Ländern Notfall-Zulassungen, wenn „sich eine solche Maßnahme angesichts einer anders nicht abzuwehrenden Gefahr als notwendig erweist“. Und genau darauf berufen sich viele Staaten in der EU. Österreich, die Slowakei, Tschechien, Ungarn, Rumänien, Polen, Belgien, Kroatien und Finnland haben GAUCHO & Co. Sondergenehmigungen erteilt. Zumeist gelten diese für Zuckerrüben-Kulturen. Aber auf Mais-, Raps- und Sonnenblumen-Feldern dürfen die Neonicotinoide mancherorts ebenfalls wieder zum Einsatz kommen. Auch dem „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittel-Sicherheit“ liegen entsprechende Anträge vor. Bisher hat die Behörde jedoch noch keinen von ihnen bewilligt.

Noch mehr Notfall-Zulassungen

„Wenn eine Gefahr anders nicht abzuwehren ist, kann das ‚Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittel-Sicherheit‘ kurzfristig das Inverkehrbringen eines Pflanzenschutzmittels für eine begrenzte und kontrollierte Verwendung und für maximal 120 Tage zulassen“, heißt es auf der Webpage der Behörde. Bei den Neonicotinoiden des Leverkusener Multis (s. o.) tat das Bundesamt dieses zwar bisher noch nicht, aber ansonsten zeigt es sich ziemlich großzügig. 46 Mal erlaubte das BVL im Jahr 2018 die Nutzung von Pestiziden über den Bestimmungszweck hinaus, für den die Mittel eine Genehmigung besitzen. So durften die bundesdeutschen Landwirt*innen BAYERs BISCAYA (Wirkstoff: Thiaclopid) außer der Reihe auch gegen Blattläuse in Winter-raps-Kulturen und MOVENTO SC 100 (Wirkstoff: Spirotetramat) zusätzlich gegen die Maulbeer-Schildlaus, die Erdbeer-Milbe, die Rote Auster-Schildlaus, den Gemeinen Birnenblatt-Sauger und die Apfel-Blutlaus einsetzen. Und ihre EU-Kolleg*innen können sich ebenfalls über mehr Auswahl durch Ausnahme-Regelungen freuen: Innerhalb der Europäischen Union stieg die Zahl der Notfall-Zulassungen von 127 im Jahr 2011 auf 714 im Jahr 2017.

PFLANZEN & SAATEN

ARIZE-Reis für die Philippinen

Seit einiger Zeit vermarktet der BAYER-Konzern massiv seinen hybriden, also nicht zur Wiederaussaat geeigneten Reis der Marke ARIZE und erhält dafür sogar noch „Entwicklungshilfe“. So führte der Leverkusener Multi die Sorte „AZ 8433 DT“ Anfang 2018 in Indien und Endes des Jahres auf den Philippinen ein. Die Labor-Techniker*innen des Konzerns machten die Frucht auf natürlichem Wege widerstandsfähiger gegen Blattfäule und die Pflanzen-Krankheit Hopperburn, die vor allem auf intensiv bewirtschafteten Anbau-Flächen ausbricht. Das Unternehmen preist sein Produkt naturgemäß in den höchsten Tönen. Die Kundschaft zeigte sich über den ARIZE-Reis in der Vergangenheit allerdings weniger erbauet. Indonesische Landwirt*innen etwa klagten über das Gewächs, weil es hohe Produktionskosten verursache, schlecht schmecke und anfälliger gegenüber Schadinsekten sei (*Ticker* 3/14).

GENE & KLONE

Neuer Gen-GAU

Der BAYER-Konzern hat in ganz Europa Raps-Saatgut vertrieben, das mit seiner Gentech-Sorte GT73 verunreinigt ist. Nach Informationen des nordrhein-westfälischen Landwirtschafts- und Umweltministeriums stammt es aus Argentinien. Der Agro-Riese stoppte seine Produktion dort wohlweislich, sah sich aber nicht imstande zu erklären, wie es zu dem Gen-GAU kommen konnte. In Frankreich sind 10.000 Hektar Ackerfläche mit der gegen Glyphosat resistenten Laborfrucht kontaminiert, in der Bundesrepublik bis zu 2.000 Hektar. Die betroffenen Landwirt*innen müssen jetzt vor der Blüte im Frühjahr alle Sprösslinge vernichten. Der Leverkusener Multi zahlt ihnen dafür eine Entschädigung von rund 2.000 Euro pro Hektar. Insgesamt rechnet das Unternehmen mit Kosten in Höhe von 20 Millionen Euro. „Der aktuelle Fall zeigt deutlich: Durch die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft können sowohl für die konventionelle als auch für die ökologische Landwirtschaft Schäden entstehen. Die Koexistenz von gentechnisch veränderten Pflanzen und herkömmlichen Nutzpflanzen erscheint nicht möglich“, erklärte die rheinland-pfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken (Bündnis 90/Die Grünen) zu dem Gen-GAU.

China erlaubt Einfuhr von MON 88302

Das chinesische „Nationale Komitee für Biosicherheit“ hat im Januar 2019 für fünf Genpflanzen Import-Genehmigungen erteilt. Das Gremium ließ die Einfuhr des BAYER-Raps' MON 88302, der dank Gentechnik Glyphosat-Duschen übersteht, ebenso zu wie die gemeinsam von BAYER und SYNGENTA entwickelte, jetzt aber von der BASF vermarktete Sojabohne SYHT0H2. Zudem erteilte es dem BASF-Raps RF3 und zwei Produkten von CORTEVA die Einfuhr-Erlaubnis. Dabei handelt es sich um den Mais DP 4114 QROME und den Soja ENLIST E3. Der Mais hat eine eingebaute Resistenz gegenüber dem Pestizid Glufosinat, das BAYER im Zuge der MONSANTO-Übernahme an die BASF

verkaufen musste, um die Auflagen der EU-Wettbewerbsbehörde zu erfüllen. Die Sojapflanze hingegen ist immun gegen Glyphosat, Glufosinat und 2,4 Dichlorphenoxyessigsäure. Die Entscheidung des Biosicherheitskomitees ist das Zeichen einer Wandlung. Lange Zeit zeigte sich China gegenüber Gen-Pflanzen sehr skeptisch. Aber seit CHEMCHINA SYNGENTA übernommen hat, ändert sich die Haltung – zur Freude BAYERs. „Im Agrar-Bereich ist es künftig vielleicht möglich, gen-modifiziertes Saatgut anzubauen“, macht sich BAYER-Chef Werner Baumann Hoffnungen.

Nigeria: Zulassung für Gentech-Bohnen

Bereits seit Langem arbeiten BAYER & Co. daran, die Gentechnik in Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, stärker zu etablieren. Bisher wachsen dort nämlich nur Baumwoll-Pflanzen mit verändertem Erbgut, aber keine für die Weiterverarbeitung zu Lebensmitteln bestimmten Ackerfrüchte. Darum „spendete“ die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO dem „Institute for Agricultural Research“ (IAR) ein Gen des Schadinsekten abhaltenden *Bacillus thuringiensis* zum Einbau in Bohnen. Die Freiland-Versuche fanden dann mit freundlicher Unterstützung englischer und US-amerikanischer Entwicklungshilfe-Einrichtungen sowie der Rockefeller-Stiftung statt. Und Anfang Februar 2019 war es dann so weit: Die nigerianische Regierung erteilte dem IAR eine Anbau-Genehmigung für die Labor-Bohnen. Vor einem solchen Schritt hatte das „Nigeria Institute of Food, Science and Technology“ (NIFST) schon im Frühjahr 2018 gewarnt. Der NIFST-Direktor Dahiru Adamu sieht dadurch nämlich die heimischen Sorten bedroht. Und das wiederum fördert ihm zufolge eine Entwicklung, welche Nigeria zwingt, das konfektionierte Saatgut der großen Agro-Konzerne zu kaufen und so ein Stück Ernährungssouveränität zu opfern.

Kooperation mit HITGEN

BAYER hat mit dem chinesischen Biotech-Unternehmen HITGEN eine Kooperation vereinbart. Der in Chengdu ansässige Konzern will für den Leverkusener Multi in seiner DNA-Bibliothek Moleküle aufspüren, die als Grundlage für die Entwicklung neuer Pestizide dienen können.

WASSER, BODEN & LUFT

Bergleute stark mit PCB belastet

Polychlorierte Biphenyle (PCB) gehören zu den giftigsten Hervorbringungen der Chlorchemie (*SWB* 1/14). Die vor allem von BAYER und MONSANTO in Umlauf gebrachten gefährlichen „Alleskönner“ kamen bis zu ihrem vollständigen Verbot 1989 in Elektrogeräten, Fugendichtungsmassen, Farben, Ölen, Lacken und Bodenbelägen zum Einsatz – und stellen immer noch ein beträchtliches Gesundheitsrisiko dar. Von den 1985 in der Bundesrepublik verkauften 72.000 Tonnen landete mehr als ein Sechstel im Bergbau, wo die schweren Gerätschaften viel Hydraulik-Öl brauchten. „Wir sind mit dem Zeug umgegangen, als wäre es Milch“, zitierte der *Spiegel* im Jahr 2015 einen Bergmann. Dementsprechend stellte eine vom Bergbau-Konzern RAG schon in den 1990er Jahren initiierte Studie im Blut der Kumpel „signifikant erhöhte“ PCB-

Konzentrationen fest, wie Dr. Thomas Kraus von der Aachener „Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule“ gegenüber den Journalist*innen des Nachrichtenmagazins ausführte. Und das hatte Folgen. Haut-, Leber- und Nierenerkrankungen stellten Kraus' Kolleg*innen damals fest. Davon wollen jedoch weder die RAG noch Kraus selber, der das RWTH-Institut für Arbeits-, Umwelt- und Sozialmedizin leitet, heute noch etwas wissen. Sie stellten alles wieder auf Anfang und führten erneut eine Untersuchung durch. Wie zu erwarten war, hatten mehr als die Hälfte der 210 Kumpel auffällige PCB-Werte. Beim PCB 74 überschritten die gemessenen Rückstände diejenigen, die im Organismus der Normal-Bevölkerung nachzuweisen sind, um nicht weniger als das 20-Fache. Bei der Vorstellung der wissenschaftlichen Arbeit gab Thomas Kraus aber den Ahnungslosen. „Die Pilotstudie lässt auf eine länger zurückliegende erhöhte Belastung dieser Bergleute mit PCB schließen. Eine akute Gesundheitsgefährdung gemessen an heute gültigen Grenzwerten liegt nicht vor.“ Er und die RAG spielen jetzt erst einmal weiter auf Zeit. Sie wollen eine zweite Studie, diesmal mit mehreren Tausend Teilnehmern, durchführen und so klären, „[o]b ein Zusammenhang zwischen einer damaligen PCB-Belastung von Bergleuten und in der Folge eventuell auftretenden Erkrankungen besteht“. Die RAG und BAYER sind also noch einige Zeit gegen Schadensansprüchen aus den Reihen der rund 30.000 Bergmänner, die bis 1986 mit der Chemikalie in Kontakt kamen, gewappnet. Und die mit an der Untersuchung beteiligten Berufsgenossenschaften vor der Anerkennung von Berufskrankheiten.

BAYER: Bio ist nicht profitabel

Die intensive Landwirtschaft malträtiert die Böden durch ihre Pestizide, Düngemittel und Monokulturen. Aber der BAYER-Manager Helmut Schramm sieht dazu keine Alternative. Das brachte er in einem Streitgespräch mit Olivier De Schutter, dem ehemaligen UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung, zum Ausdruck. Als de Schutter ihm in der Diskussion, welche die Wochenzeitung *Die Zeit* initiiert hatte (siehe auch AKTION & KRITIK), die Wichtigkeit längerer Fruchtfolgen und Mischkulturen für eine nachhaltige Nutzung der Ackerflächen nahelegen wollte, winkte Schramm ab. „Das klingt schön – ist aber leider unrealistisch. Er ist unwirtschaftlich, und wir haben nicht die Arbeitskräfte dafür“, sagte er. Und in einem anderen Zusammenhang wurde der Konzernsprecher für „Agricultural Affairs“ noch grundsätzlicher: „Warum haben wir nur acht Prozent Ökobauern? Weil Bio nicht profitabel ist, außer in der Nähe großer Städte, wo sie zahlungskräftige Kunden finden.“

UNFÄLLE & KATASTROPHEN

Chinolonecarbonsäure tritt aus

Am 8. Januar 2019 kam es im Wuppertaler BAYER-Werk zu einer Beinah-Katastrophe. In einem Hochregal-Lager platzte ein Behälter mit Chinolonecarbonsäure, die bei der Herstellung von Antibiotika Verwendung findet. 280 Kilogramm des explosiven Stoffes, der auch Haut und Schleimhäute reizen kann, traten aus. Die Feuerwehr rückte mit 50 Einsatzkräften an und sperrte sofort

die nahegelegene Tiergarten-Brücke. Zudem veranlasste sie die Einstellung des Bahnverkehrs auf der am Firmen-Areal vorbeiführenden Strecke. Trotzdem hieß es nachher wie immer in solchen Fällen, es habe zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für Mensch und Umwelt bestanden.

IMPERIUM & WELTMART

Neues Hauptquartier in Nigeria

Im Jahr 2014 entwickelte BAYER eine neue Afrika-Strategie. Seither baut der Konzern seine Präsenz auf dem Kontinent Stück für Stück aus. Aber der Leverkusener Multi ist dabei wählerisch. Er geht nur in Länder, die dank einer wachsenden Mittelklasse wachsenden Profit versprechen wie z. B. Nigeria. Dort weihte der Agro-Riese Ende Januar 2019 ein neues Hauptquartier ein.

BAYER trifft Brexit-Vorbereitungen

Der Leverkusener Multi hat in Großbritannien drei Standorte mit insgesamt rund 1.000 Beschäftigten. Der Umsatz in dem Land belief sich 2017 auf ca. eine Milliarde Euro. Darum trifft der Konzern schon seit Mai vorvergangenen Jahres Vorkehrungen für den Brexit. „Die Planungen von BAYER beinhalten ‚No Deal‘ als primäres Szenario, so dass wir auf einen harten Brexit vorbereitet sind“, erklärte eine Sprecherin. Da in einem solchen Fall mit einer Unterbrechung der Lieferketten zu rechnen ist, hat das Unternehmen große Lager mit Medikamenten angelegt. Einige Monate lang soll das eine reibungslose Versorgung des Marktes mit Arzneien gewährleisten. Allerdings gibt es Ausnahmen, so BAYER-Chef Werner Baumann: „Bei einigen Präparaten funktioniert diese Zusatz-Bevorratung aber nicht, etwa bei unserem Krebsmittel XOFIGO. Da es sich um ein Radiopharmazeutikum handelt, muss das Produkt in wenigen Tagen nach der Herstellung beim Patienten sein.“

RECHT & UNBILLIG

NUZIVEEDU zu Zahlungen verurteilt

Im April 2018 hatte das Oberste Gericht der indischen Hauptstadt New Delhi der BAYER-Tochter MONSANTO das Recht abgesprochen, auf seine gentechnisch veränderte Bt-Baumwolle Patent-Ansprüche zu erheben. Die RichterInnen verwiesen dabei auf das indische Gesetz, das es nicht erlaubt, Saaten, Pflanzen oder Tiere zum geistigen Eigentum von Personen oder Unternehmen zu erklären. Der US-Konzern, der seine Labor-Frucht mit Genen des *Bacillus thuringiensis* (Bt) bestückt hatte, damit diese die Pflanze vor Schadinsekten schützen, reklamierte in dem Land deshalb in weiser Voraussicht nur für den *Bacillus* Schutzrechte. Das reichte nach Ansicht der Jurist*innen aber nicht aus, um von Saatgut-Firmen Lizenz-Gebühren für die ganze Bt-Baumwolle verlangen zu können. Deshalb gaben sie der Klage des Unternehmens NUZIVEEDU SEEDS LTD. (NSL) statt. Die nächsthöhere Instanz hob dieses Urteil Anfang Januar 2019 allerdings wieder auf. Die Patent-Frage kam auf Wiedervorlage und wurde im Sinne BAYERs

beantwortet. Und wenig später verurteilten die Richter*innen NSL zu Lizenz-Zahlungen. Ob die Gesellschaft diese Entscheidung akzeptieren oder anfechten wird, steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest.

CAMPACT klagt wg. Glyphosat

Ende 2017 verlängerte die EU die Glyphosat-Zulassung um fünf Jahre. Über die weitere Zukunft der einzelnen Glyphosat-Produkte haben allerdings die Mitgliedsländer zu entscheiden. Dutzende Anträge prüft das „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ (BVL) zurzeit in dieser Sache (siehe auch GLYPHOSAT & CO.). Die Initiative CAMPACT wollte nun Genaueres dazu wissen. Unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz fragte sie etwa nach den Substanzen, welche die Mittel außer Glyphosat sonst noch enthalten. Zudem erbat das Netzwerk Auskünfte über die antragstellenden Unternehmen und über die Studien, mit denen diese die Harmlosigkeit der Ackergifte dokumentieren wollen. Das BVL verweigerte allerdings die Herausgabe der Informationen und berief sich dabei auf „gesetzliche Ausschluss-Gründe“. „Zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, geistigem Eigentum oder auch zum Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses“ müsse das Amt leider alles unter Verschluss halten, bekam CAMPACT zur Antwort. Die Aktivist*innen gaben sich damit allerdings nicht zufrieden und schlugen den Rechtsweg ein.

Kaum Geld auf dem INTACTA-Konto

In Brasilien weigern sich die Landwirt*innen, Lizenz-Gebühren für BAYERS Gentech-Soja INTACTA RR2 PRO zu bezahlen, weil die Sorte die Verkaufsversprechungen nicht erfüllt. „Das Saatgut verliert seine Resistenz“, schildert etwa der Landwirt José Oscar Dorigan seine Probleme mit der Labor-Frucht, die in dem Land auf einen Marktanteil von mehr als 50 Prozent kommt. Und der Berufsverband „Aprosoja“ klagt sogar auf Aberkennung des Patentes. Er zweifelt nämlich an der Einzigartigkeit der Eigenschaften, welche die Gen-Köch*innen der Pflanze verpassten. Und im Juli 2018 erreichte die Organisation einen Etappen-Sieg. Ein Gericht trug dem Leverkusener Multi auf, seine INTACTA-Einnahmen vorerst auf ein Treuhand-Konto zu überweisen. 11,2 Millionen brasilianische Real (2,65 Millionen Euro) landeten bisher darauf. Viel zu wenig, kritisieren die Farmer*innen jetzt, denn nach ihren Hochrechnungen hat der Agro-Riese in ihrem Staat mit der Soja-Art rund 800 Millionen Real (rund 190 Millionen Euro) verdient.

YASMINELLE-Klage abgewiesen

Felicitas Rohrer hatte das Verhütungsmittel YASMINELLE mit dem Wirkstoff Drospirenon eingenommen und im Juli 2009 eine beidseitige Lungen-Embolie mit akutem Atem- und Herzstillstand erlitten. Nur durch eine Notoperation gelang es den Ärzt*innen damals, ihr Leben zu retten. Deshalb verklagte die junge Frau BAYER auf Schadensersatz. Das Landgericht Waldshut-Tiengen wollte ihr diesen jedoch nicht gewähren, obwohl der Prozess-Gutachter Andreas Creutzig es als sehr wahrscheinlich ansah, dass die Pille den Venen-Verschluss verursachte. Der Richter*in reichte das jedoch nicht aus. Sie verlangte eine 100-prozentige Gewissheit und sprach den Leverkusener Multi frei. Dieser begrüßte das Urteil, nannte die Vorwürfe gegen das Mittel „un-

begründet“ und verwies einmal mehr auf YASMINELLEs „positives Nutzen/Risiko-Profil“. Felicitas Rohrer gibt sich aber nicht geschlagen und hat Berufung gegen die Entscheidung eingelegt.

BAYER will YAZ-Dokumente blocken

Im US-Bundesstaat Kentucky verhandelt das Gericht eine Sammelklage von tausenden Frauen, die durch BAYER-Verhütungsmittel der YASMIN-Produktreihe gravierende gesundheitliche Schäden erlitten haben. Im Zuge der gerichtlichen Auseinandersetzung versuchte der Leverkusener Multi zu verhindern, dass der Generalstaatsanwalt Einsicht in belastende, von den Anwält*innen der Geschädigten zusammengestellte Dokumente erhielt. Aber der Richter John Herndon wies dieses Ansinnen ab.

Erste deutsche XARELTO-Klage

BAYERS Gerinnungshemmer XARELTO mit dem Wirkstoff Rivaroxaban hat lebensgefährliche Nebenwirkungen, wie z. B. Blutungen. Allein bei der Europäische Arzneimittel-Agentur EMA gingen bis zum 14.01.2019 mehr als 97.000 Meldungen über unerwünschte Arznei-Effekte ein. In den USA ziehen deshalb immer mehr Geschädigte bzw. deren Hinterbliebene vor Gericht. Mit insgesamt 24.900 Klagen (Stand: 28.01.2019) müssen sich die RichterInnen dort mittlerweile beschäftigen. Aber auch in Deutschland wird das Präparat nun aktenkundig. In Köln läuft ein erster Prozess gegen BAYER.

Geschworene verurteilen Glyphosat

Auch der zweite große Glyphosat-Prozess vor einem US-amerikanischen Gericht droht für BAYER mit einer Niederlage zu enden. „Ein substanzieller Faktor“ bei der Krebs-Erkrankung des Klägers Edwin Hardeman sei Glyphosat gewesen, befand die Geschworenen-Jury des Federal Court von San Francisco am 19. März 2019 einstimmig, was eine Verurteilung des Leverkusener Multis zu hohen Schadensersatz-Zahlungen wahrscheinlich macht. Damit droht die neue juristische Strategie, die der Konzern nach dem Schuld-Spruch im ersten Glyphosat-Verfahren konzipierte, zu scheitern. Danach sah es zunächst nicht aus. Den Rechtsanwält*innen von der Kanzlei „Arnold & Porter Kaye Scholer“ gelang es nämlich, das Gericht dazu zu veranlassen, erst einmal streng wissenschaftlich die Frage der krebserregenden Glyphosat-Nebenwirkungen zu klären, ehe es sich den schmutzigen Tricks der jetzigen BAYER-Tochter MONSANTO bei ihren Entlastungsversuchen zuwendet. Die Jurist*innen hofften dabei zweifellos auf einen negativen Bescheid zur Kanzerogenität, der den Geschworenen dann einen „urteilstrübenden“ Einblick in die internen MONSANTO-Dokumente ersparen sollte. Den werden sie jetzt allerdings nehmen und danach vermutlich einige Zweifel zugunsten des Angeklagten weniger haben. „Man kann nicht sagen, dass ROUNDUP nicht krebserregend ist“, hält etwa die MONSANTO-Toxikologin Donna Farmer in diesen Papieren fest: „Wir haben nicht die nötigen Tests mit der Formulierung durchgeführt, um diese Aussage treffen zu können.“ Und wenn dann der Federal Court Hardeman am Ende des Tages wirklich eine Entschädigung zuspricht, hätte das weitreichendere Konsequenzen, denn er stellt mit seinem Votum die Weichen für 760 ähnliche Fälle.

Noch mehr Glyphosat-Klagen

„Glyphosat greift ein Enzym an, das sich in Pflanzen findet, nicht aber in Menschen oder Tieren“ – so steht es auf den ROUNDUP-Packungen für Hobby-Gärtner*innen. Den Wahrheitsgehalt dieser Aussage müssen nun US-amerikanische Gerichte überprüfen. Nach Ansicht mehrerer Kläger*innen wirkt das Herbizid nämlich auch auf Darmbakterien von Mensch und Tier ein, weshalb sie BAYER eine Täuschung der Verbraucher*innen zur Last legen.

Sechs neue Pipeline-Klagen

BAYER ist beim Bau der umstrittenen Kohlenmonoxid-Pipeline, welche die Standorte Dormagen und Krefeld miteinander verbinden soll, in 66 Fällen von den Planvorgaben abgewichen (*Ticker* 1/09). Darum musste der Leverkusener Multi nach dem Willen der Bezirksregierung Düsseldorf einen Planänderungsantrag stellen. Diesen hat die Behörde nun abgesegnet. Sie gab sich dabei mit einer zusätzlichen Geo-Grid-Matte, einem zusätzlichen Trassen-Warnband und ein paar kleinen Änderungen in der Bau-Ausführung zufrieden. Aber nicht einmal dem TÜV reichen diese zusätzlichen Maßnahmen aus, um einem Austritt des lebensgefährlichen Gases vorzubeugen: „Die durchgeführten Versuche mit verschiedenen Geo-Grid-Matten haben gezeigt, dass ein umfassender Schutz der Rohr-Fernleitung vor großen Baggern durch die verwendeten Materialien nicht erreicht werden kann. Ein vollständiger Schutz der Rohrleitung kann nur durch Abdeckung mit Beton-Platten oder Stahl-Gewebe erfolgen, was aber die Zugänglichkeit zur Leitung bei Reparaturen erschwert.“ Da die Sicherheitsmängel also weiter bestehen, haben der BUND und fünf Pipeline-Anwohner*innen juristische Schritte gegen den Planänderungsbeschluss eingeleitet. Zudem liegen dem Oberverwaltungsgericht Münster noch 38 Klagen gegen den ursprünglichen Plan vor, welche die Jurist*innen zusammengefasst behandeln wollen. Die Inbetriebnahme des Röhren-Werks durch die COVESTRO – die inzwischen selbstständig agierende ehemalige Kunststoff-Sparte des Leverkusener Multis, an der dieser bloß noch sieben Prozent der Geschäftsanteile hält – liegt also noch in weiter Ferne.

Viele PCB-Klagen

Polychlorierte Biphenyle (PCB) gehören zu den giftigsten Hervorbringungen der Chlorchemie (*SWB* 1/14). Die vor allem von BAYER und MONSANTO in Umlauf gebrachten gefährlichen „Alleskönner“ kamen bis zu ihrem vollständigen Verbot 1989 in Elektrogeräten, Fugendichtungsmassen, Farben, Ölen, Lacken und Bodenbelägen zum Einsatz – und stellen immer noch ein beträchtliches Gesundheits- und Umweltrisiko dar (siehe auch WASSER, BODEN & LUFT). Darum ist der BAYER-Konzern seinem neuesten Geschäftsbericht zufolge „mit einer Vielzahl von Klagen wegen des Gebrauchs von und der Exposition gegenüber PCB-Produkten konfrontiert, in denen Gesundheits- und Vermögensschäden geltend gemacht werden.“ Unter anderem zogen Baltimore und 14 US-amerikanische Städte sowie der Bundesstaat Oregon vor Gericht. Und allein Oregon macht Schadensersatz-Ansprüche in Höhe von 100 Millionen Dollar geltend. Sie gründen sich unter anderem auf firmen-eigene Dokumente von MONSANTO, die selber von Risiken und Nebenwirkungen wie „systemischen toxischen Effekten“ sprechen. Einen Produktionsstopp haben die

Manager*innen damals jedoch trotzdem abgelehnt, da es um „zu viel MONSANTO-Gewinn“ gehe. Der Leverkusener Multi verweigert sich den Forderungen trotzdem. Auf eine Anfrage der *taz* antwortete er: „Wir prüfen derzeit die Klage der Stadt Baltimore, sind aber überzeugt, dass die Vorwürfe unbegründet sind und werden uns in diesem Verfahren entschieden verteidigen.“

IMPRESSUM



Der *Ticker* erscheint viermal jährlich als Beilage des Magazins Stichwort BAYER. Er wertet systematisch die der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zugänglichen Informationen zu BAYER und den Tochter- Unternehmen des Konzerns aus und bereitet selbst recherchiertes Material auf. Wird der *Ticker* gesammelt, steht bald ein vielen Nutzungsmöglichkeiten offenes Archiv rund um den Global Player BAYER zur Verfügung.

REDAKTION:

Jan Pehrke (V.i.S.d.P.), CvD: Axel Köhler-Schnura, Uwe Friedrich

HERAUSGEBER:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG)

AUSZEICHNUNGEN:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von BUSINESS CRIME CONTROL. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Mathews-Preis“ geehrt.

ADRESSE:

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon: 0211/33 39 11
Fax: 0211/33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
<http://www.CBGnetwork.org>

ABONNEMENT:

Es gelten die Abo-Konditionen von *Stichwort BAYER (SWB)*.
Der *Ticker* kann als *SWB*-Beilage nur zusammen mit *SWB* abonniert werden.